

# RS OGH 2014/7/24 1Ob105/14v, 9Ob31/15x, 1Ob124/18v

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 24.07.2014

## Norm

ZaDiG §31 Abs5

## Rechtssatz

Gemäß § 31 Abs 5 ZaDiG kann der Zahlungsdienstnutzer vom Zahlungsdienstleister verlangen, dass die Informationen insbesondere gemäß Abs 2 dieser Bestimmung einmal monatlich gegen „angemessenen Kostenersatz“ übermittelt werden. Mit dieser Regelung soll sichergestellt werden, dass Personen, die nicht mobil sind (und daher nicht in der Lage sind, einen Kontoauszugsdrucker aufzusuchen) und Elektronik?Banking nicht nutzen, dennoch regelmäßig mit Informationen über ihren Kontostand versorgt werden. Nach dem Willen des Gesetzgebers darf der Zahlungsdienstleister (trotz der Zubilligung eines „angemessenen Kostenersatzes“) hierfür kein Entgelt, sondern lediglich einen Aufwandsatz (Porto) verrechnen, nicht aber ein zusätzliche „Gebühr“ für Kontoauszüge.

## Entscheidungstexte

- 1 Ob 105/14v  
Entscheidungstext OGH 24.07.2014 1 Ob 105/14v  
Veröff: SZ 2014/71
- 9 Ob 31/15x  
Entscheidungstext OGH 21.04.2016 9 Ob 31/15x  
Beisatz: Die hier in den AGB vorgesehene Verrechnung eines Aufwandsatzes entspricht grundsätzlich § 31 Abs 5 ZaDiG. (T1)
- 1 Ob 124/18v  
Entscheidungstext OGH 03.04.2019 1 Ob 124/18v  
Auch

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:2014:RS0129625

## Im RIS seit

02.10.2014

## Zuletzt aktualisiert am

20.05.2019

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)